

Kommentare zu Anträgen der Fraktionen im Stadtrat Trier am 11.5. 2010

Antrag CDU: Fahrradparken in Parkhäusern

Auf den ersten Blick könnte man sagen: welche gute Idee! Rund um die Innenstadt in Trier verteilen sich zahlreiche Parkhäuser, in denen man sein Fahrrad schnell unterstellen könnte. Doch bei näherem Hinsehen wird man erkennen, hier wird die gesamte Welt (immer noch!) aus dem Blickwinkel von Autofahrern gesehen! Denn welchen Grund könnte es für Fahrradfahrer geben, ihre Fahrräder kostenpflichtig in Autoparkhäuser unterzustellen, wenn der enorme Vorteil des Fahrrads doch genau darin besteht, dass man mit ihm überall hinfahren kann, selbst wenn man es mitunter eine Weile durch die Fußgängerzone schieben muss!? Das Fahrrad ins Parkhaus zu stellen und dann dennoch zu Fuß durch die Stadt zu laufen, um einzukaufen und volle Taschen zu tragen, ist typisch für Autofahrer. Und genau darin besteht ja auch der Nachteil gegenüber dem Fahrrad.

Also: Weg mit der Idee! Die Parkhäuser gehören verkehrspolitisch zurückgebaut und nicht über den Umweg des Fahrradparkens in ihrer Funktion stillschweigend umgewidmet und dadurch wohlmöglich gar noch legitimiert. Ein Ausbau der Parkhäuser inmitten der Stadt, wie es die City-Initiative und der Einzelhandel gerne noch hätten, kommt verkehrspolitisch überhaupt nicht in Frage. Dagegen sollte das schon bestehende Fahrradparkhaus in der Unterführung an der Porta Nigra längere Öffnungszeiten erhalten. Das schafft Arbeitsplätze.

8.5.2010

Antrag SPD und Grüne: Beflaggung des Rathauses

In diesem Punkt bin ich eher leidenschaftslos: Wenn „Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender“ – wie es in dem Antrag von SPD und Grünen heißt –, eine Beflaggung des Rathauses ihnen zu Ehren „mit der Regenbogenfahne“ wünschen, dann kann man sich dem symbolischen Akt einer „Gleichstellung- und -behandlung“ nicht nur nicht entziehen, sondern hier gilt es aktiv den damit verbundenen Willen auszudrücken, „weltoffen und tolerant zu sein“ gegenüber „den unterschiedlichsten Lebensentwürfen in einer Gemeinschaft“, wodurch das friedliche Zusammenleben aller miteinander gefördert und –zumindest in diesem Punkt (!) - verwirklicht wird.

8. 5. 2010

Johannes Verbeek